

*Das Pentagon fordert trotz der weltweiten Finanzkrise Hunderte Milliarden Dollar mehr für das US-Militär und die völkerrechtswidrigen US-Angriffskriege, obwohl schon die bisherigen Kriegskosten die USA an den Rand des Staatsbankrotts getrieben haben.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 198/08 – 17.10.08**

## **Das Pentagon fordert für die nächsten fünf Jahre 450 Milliarden Dollar mehr, als bisher veranschlagt waren**

Von Josh Rogin  
CQ POLITICS, 09.10.08

( <http://www.cqpolitics.com/wmspage.cfm?docID=news-000002973555> )

**Offizielle des Pentagons haben eine Nachforderung vorbereitet, mit der für die nächsten fünf Jahre eine Steigerung der vorgesehenen Verteidigungsausgaben um weitere 450 Milliarden Dollar verlangt werden soll.**

Die neue Forderung, die das Pentagon kurz vor dem Ende der Amtszeit Präsident Bushs zu veröffentlichen gedenkt, ist als Wink mit dem Zaunpfahl für den neuen Präsidenten gedacht und soll ihn unter Druck setzen, damit er den Verteidigungshaushalt entweder drastisch erhöht oder sich im Falle einer Weigerung dafür rechtfertigen muss; das ließen mehrere ehemalige Haushaltsexperten (des Pentagons) durchblicken, die über die Hintergründe informiert sind.

Experten betrachten die Veröffentlichung solcher Dokumente vor einem Amtswechsel als wenig erfolgreiche Taktik, weil der neue Präsident solche Vorgaben häufig missachtet und lieber eigene Prioritäten setzt.

**Angesichts der Schwierigkeiten, mit denen die US-Wirtschaft durch die weltweite Finanzkrise zu rechnen hat, ist es fraglich, ob Senator John McCain, der Republikaner aus Arizona, oder Senator Barack Obama, der Demokrat aus Illinois, und eine demokratische Mehrheit im Kongress einer so großen Erhöhung der Verteidigungsausgaben in den kommenden Jahren überhaupt zustimmen würden.**

**"Das ist ein politisches Dokument," sagte ein ehemaliger führender Haushaltsexperte, der anonym bleiben will. "Es zwingt die neue Regierung, sich sofort zu entscheiden, ob sie weniger oder mehr Geld für die Verteidigung ausgeben will."**

Dov Zakheim, der führende Haushaltsexperte des Pentagons von 2001 bis 2004, der an der gegenwärtigen Diskussion nicht beteiligt ist, hat die obige Aussage bestätigt.

"Die verfolgte Absicht ist unschwer zu erkennen," meinte Zakheim. "Man stellt damit eine Forderung an die neue Regierung, die dann gezwungen ist, jede vorgesehene Kürzung zu begründen."

**Die geschätzten Mehrkosten für das Haushaltsjahr 2010 betragen 57 Milliarden Dollar, von denen nach Aussagen ehemaliger Offizieller 30 Milliarden in einen nur vage beschriebenen Notfall-Fonds fließen und 14 Milliarden zum Ergänzen oder Verbessern vorhandener Ausrüstung, also zur Ersatzbeschaffung und Modernisierung verwendet werden sollen.**

Damit wolle das Pentagon der künftigen Beschneidung zusätzlicher Nachforderungen begegnen, mit denen es bisher die Mehrkosten für die Ergänzung und Modernisierung der in den Kriegen verschlissenen Ausrüstung der Streitkräfte kaschiert hat. Beide Präsidentschaftskandidaten haben nämlich angekündigt, dass sie Nachforderungen ablehnen werden.

Die Finanzabteilung des Pentagons hat sich wiederholt geweigert, diese Zahlenangaben ehemaliger Mitarbeiter zu kommentieren – mit der Begründung, es sei voreilig, über künftige Haushaltsforderungen zu spekulieren, an denen noch gearbeitet werde.

## **Bisherige Budgetforderungen zu niedrig**

Mit den Nachforderungen gibt das Verteidigungsministerium zu, dass wegen der heranruchenden Bugwelle steigender Beschaffungskosten, welche die ohnehin ständig wachsenden Verteidigungsausgaben weiter anschwellen lassen, die bereits auf Rekordhöhe angelangten Haushaltsansätze für die kommenden Jahre viel zu niedrig gewählt wurden.

Die neuen Zahlen stehen aber auch in Widerspruch zu der National Defense Strategy (zur Nationalen Verteidigungsstrategie), die Verteidigungsminister Robert M. Gates erst kürzlich veröffentlicht hat (s. LP 127/08). Darin wurden harte Sparkompromisse angekündigt, die wegen begrenzter Haushaltsmittel unvermeidlich seien.

"Wir können uns nicht mehr alles leisten und auf allen Konfliktfeldern optimal agieren. Wir müssen einfach eine Auswahl treffen," heißt es in dem Gates-Papier.

**Nach der neuen Schätzung, deren Zahlen noch nicht veröffentlicht wurden, soll der bisher für das Haushaltsjahr 2010 geltenden Ansatz von 527 Milliarden Dollar auf 584 Milliarden Dollar erhöht werden – ohne die Operationskosten für die laufenden Kriege.**

Weil das Geld, das für die Weiterführung der laufenden Kriege gebraucht wird, in der neuen Schätzung noch nicht berücksichtigt ist, wird das Militär zusätzliche Nachforderungen in beträchtlicher Höhe stellen müssen.

Bisher habe man laufende Betriebs- und Personalkosten immer in Nachforderungen geltend gemacht. Da sie aber vorhersehbar seien, gehörten sie eigentlich in den regulären Haushalt, sagte Admiral Michael Mullen, der Chef des Vereinigten Generalstabs.

"Wir müssen von Nachforderungen wegkommen," teilte Mullen am Donnerstag einer Gruppe von Reportern in Washington mit. "Ich möchte die Mittel, die bisher durch Nachforderungen beschafft wurden, im regulären Haushalt unterbringen. Wir arbeiten gerade daran, das für den nächsten Haushalt zu realisieren."

Während um die in der neuen Schätzung geforderten Mittel für Ersatzbeschaffung und Modernisierung relativ wenig gestritten werden dürfte, wird der Notfall-Fonds von 30 Milliarden Dollar auf dem Capitol Hill (wo auch die beiden Häuser des Kongresses angesiedelt sind) heftigen Widerstand hervorrufen. Dieses Geld würde, wenn es bewilligt werden sollte, zur Verfügung stehen, damit bei einer unerwarteten Krise aktive Streitkräfte schnell ins Ausland verlegt werden können.

**Schon 2001 und 2002 haben die Parlamentarier Versuche der Pentagon-Führung abgelehnt, sich einen Notfall-Fonds bewilligen zu lassen, aus dem Geld ohne erneute Zustimmung des Kongresses hätte entnommen werden können.**

**"Aus der Perspektive des Kongresses wurde dieser so genannte Notfall-Fonds immer als Schmiergeld-Kasse gesehen," sagte Zakheim, "obwohl das Verteidigungsministerium natürlich behauptet hat, das Geld müsse bereitstehen, weil Notfälle nicht vorhersehbar seien."**

## **Unterschiedliche Ansichten der Präsidentschaftskandidaten**

Die Frage "Ist eine starke Erhöhung der Verteidigungsausgaben vernünftig oder überhaupt machbar?", wird von beiden Kandidaten unterschiedlich beantwortet.

**McCain hat versprochen, alle vermeidbaren Ausgaben zu Gunsten der nationalen Sicherheit einzufrieren, und fordert, die Kosten für 150.000 zusätzliche Soldaten im neuen Haushalt zu berücksichtigen.**

**Obama unterstützt nur die bereits vorgesehene Verstärkung der Army und des Marine Corps um 92.000 Soldaten.**

Beide Kandidaten haben eine umfassende Reform des gegenwärtig vom Pentagon praktizierten Beschaffungsverfahrens gefordert, um die Beschaffungskosten, die sich in den letzten Jahren auch durch Missmanagement stark aufgebläht haben, besser kontrollieren zu können.

"Es ist eine Tatsache, dass die Beschaffungsprogramme ohne eine starke Erhöhung der Verteidigungsausgaben nicht alle realisiert werden können, und ich glaube nicht, dass dies wegen der gegenwärtigen Finanzkrise möglich sein wird," sagte der ehemalige Air Force-Minister Whit Peters, der Obama berät.

**Haushalts-Nachforderungen, mit denen die meisten der seit 2001 für die Kriege in Afghanistan und im Irak und für die globale Bekämpfung des Terrorismus ausgegebenen 859 Milliarden Dollar beschafft wurden, werden reduziert werden müssen, unabhängig davon, wer die Wahl im November gewinnt.**

"In Zukunft müssen die bisher üblichen Nachforderungen dramatisch eingeschränkt werden, um Raum zu lassen für wirklich unvorhersehbare Ausgaben, die durch Schwankungen des Ölpreises oder sonstige Kostensteigerungen auftreten können," schrieb McCain in seiner Antwort an die Website CQ. "Ich werde das bisher praktizierte üble Geschäftsgebaren (des Pentagons) beenden."

Auch (Obama-Berater) Peters versicherte, dass die Finanzierung (der Kriegskosten) über Nachforderungs-Pakete aufhören werde.

"Die ständigen Nachforderungen haben ein großes Durcheinander verursacht," äußerte er und fügte hinzu, Obama sei der Meinung, dass einige nachträglich erhobene Forderungen in den ordentlichen Haushalt gehören.

## **Gründe für Nachforderungen ungeklärt**

Wie das Pentagon sein Nachforderungspaket dem Kongress und der neuen Regierung zu vermitteln gedenkt, ist ungeklärt.

Bereits im April hat das Office of Management and Budget / OMB (das Management- und Haushaltsbüro) des Weißen Hauses allen Bundesbehörden mitgeteilt, dass es im Herbst keine abschließenden Haushaltsberatungen und keinen beschlossenen Haushalt für das Jahr 2010 geben werde.

Alle Behörden wurden aufgefordert, ihre Ausgaben für das kommende Jahr auf der Basis der gegenwärtigen Kosten zu planen und sie dem OMB mitzuteilen, damit das ein Grundgerüst für den nächsten Haushalt erstellen kann. Weil das OMB aber diesmal nicht – wie sonst üblich – Empfehlungen zu den Haushaltsforderungen abgeben kann, wird der nächste Präsident entscheiden müssen, wie mit den genannten Zahlen zu verfahren ist.

"Den Haushalt 2010 wird nicht mehr dieser, sondern der nächste Präsident vorlegen," sagte die OMB-Sprecherin Corinne Hirsch. "Die jetzige Regierung wird ihre Vorstellungen ganz sicher mit der kommenden Regierung auf verschiedenen Wegen abstimmen, das geschieht aber außerhalb der normalen Haushaltsberatungen."

Nach Frau Hirschs Aussage hat das OMB die Nachforderungen des Verteidigungsministeriums bisher nicht erhalten, obwohl sie bereits im September hätten vorliegen müssen.

"Es steht auf jeden Fall fest, dass die Zusatzforderungen des Pentagons aus seinem Fünfjahresplan weit über die Vorschläge hinausgehen, die das OMB dem Verteidigungsministerium Anfang dieses Jahres gemacht hat," erklärte ein ehemaliger Offizieller.

**Die neuen Zahlen ließen außerdem langfristig angelegte strategische Überlegungen und jede haushälterische Vernunft vermissen, und deshalb könnten sie angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation des Landes weder vom OMB noch vom Kongress ernst genommen werden.**

"Das Bedürfnis der Rechnungsstelle des Pentagons, diese Nachforderungen zu stellen, ist schon länger bekannt," äußerte der ehemalige Offizielle. "Aber eigentlich kann niemand verstehen, warum das jetzt geschehen musste."

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Hervorhebungen im Text und Anmerkungen in Klammern versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

---

## **Unser Kommentar**

*In unseren LUFTPOST-Ausgaben 184/ 08 und 196/08 sind Ausführungen der beiden US-Amerikaner Ron Paul und Paul Craig Roberts nachzulesen, die beide die von den USA verursachte Finanzkrise hauptsächlich dem Milliardengrab Pentagon anlasten.*

*Bei dieser Ausgangslage können die neuen Wahnsinnsforderungen aus dem US-Verteidigungsministerium nur kranken Hirnen entsprungen sein, die jeden Bezug zur Realität verloren haben. Trotzdem erwarten wir von den beiden Präsidentschaftskandidaten und der demokratischen Mehrheit im Kongress keine einschneidende Kursänderung.*

*Wir hoffen aber, dass ausländische Investoren nach den gerade erst erlittenen Milliardenverlusten endlich den Geldhahn zudrehen und Washington nicht länger das Geld zur weiteren Finanzierung völkerrechtswidriger US-Angriffskriege zur Verfügung stellen.*

*Mit großem Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, dass der US-Kongress den "Notfall-Fonds" als "Schmiergeld-Kasse" einschätzt. Wir haben uns schon häufig gefragt, warum einheimische Politiker immer wieder Projekte des Pentagons unterstützen, die von der Bevölkerung strikt abgelehnt werden. Könnte man da nicht versucht sein, zu vermuten, dass Gelder aus diesem Riesentopf auch schon in deutsche Taschen geflossen sind oder immer noch fließen?*

# Pentagon Wants \$450 Billion Increase Over Next Five Years

By Josh Rogin

**09/10/08 "CQ"** – Pentagon officials have prepared a new estimate for defense spending that is \$450 billion more over the next five years than previously announced figures.

The new estimate, which the Pentagon plans to release shortly before President Bush leaves office, would serve as a marker for the new president and is meant to place pressure on him to either drastically increase the size of the defense budget or defend any reluctance to do so, according to several former senior budget officials who are close to the discussions.

Experts note that releasing such documents in the twilight of an administration is a well-worn tactic, and that incoming presidents often disregard such guidance in order to pursue their own priorities.

And with the nation's economy caught up in a global financial meltdown, it remains unclear whether either Sen. John McCain, R-Ariz., Sen. Barack Obama, D-Ill., or a Democratic Congress would support such large increases for defense next year.

"This is a political document," said one former senior budget official, who spoke on the condition of anonymity. "It sets up the new administration immediately to have to make a decision of how to deal with the perception that they are either cutting defense or adding to it."

Dov Zakheim, the Pentagon's top budget official from 2001 to 2004, who is not involved in the current discussions, agreed.

"The thinking behind it is pretty straightforward," Zakheim said. "They are setting a baseline for a new administration that then will have to defend cutting it."

The fiscal 2010 portion of the estimate includes a \$57 billion increase, out of which \$30 billion would go for a vaguely defined contingency fund and \$14 billion would go for replacing or fixing existing equipment, called reset, and modernization, the former officials said.

They added that those items reflect the Pentagon's attempt to anticipate the end of huge supplemental war allotments that have hidden the costs of resetting and modernizing the nation's war-torn force. Both presidential candidates have pledged to scale back supplemental war spending.

The Pentagon comptroller's office refused repeated requests for comment on the figures outlined by the former officials stating that it was premature to discuss future budgets because they were still being worked on.

## Earlier Budgets Insufficient

The new budget numbers reflect the Defense Department's acknowledgement that the coming wave of ever-rising procurement costs, combined with the nonstop growth of defense entitlement spending, will render its already record-high budgets grossly insufficient in the years ahead.

But the numbers also seem to contradict the National Defense Strategy released recently by Defense Secretary Robert M. Gates, which called for tough tradeoffs in spending in an environment of limited resources.

"We cannot do everything, or function equally well across the spectrum of conflict. Ultimately we must make choices," Gates wrote.

The new estimate, which has not been publicly released, would raise the fiscal 2010 budget number announced by the administration this year from \$527 billion to \$584 billion, not counting operations costs for the ongoing wars.

Money to prosecute the ongoing wars is not included in the new estimate, meaning the military would still need significant supplemental appropriations in addition to the increased budget request.

Supplemental appropriations have been used to fund procurement and personnel costs that are predictable and therefore should be placed into the regular budget, said Admiral Michael Mullen, the chairman of the Joint Chiefs of Staff.

"We're going to have to figure out how to get off supplementals," Mullen told a group of Washington reporters Thursday. "My strategic approach is to start to implant those things that are in supplementals that we think we've got to have into the baseline budget. We need to start doing that. We're working our way through the next budget now."

While reset and modernization funds in the new estimate are relatively non-controversial, the \$30 billion contingency fund could face stiff opposition on Capitol Hill. That money, if approved, would be available to rapidly deploy active duty forces overseas in the event of an unexpected crisis.

In 2001 and 2002, lawmakers rejected attempts by Pentagon leaders to secure a contingency fund, from which they could draw money without requesting additional permission from Congress.

"The Congress always saw this from their perspective as a slush fund," said Zakheim, "Whereas the defense department has said it needed this kind of money because it could never project what exactly would be needed in the event of an emergency."

### **Presidential Candidates Differ**

The candidates differ on whether or not large increases in overall defense budgets are wise or even doable.

McCain has promised to freeze all discretionary spending except for national security, and is pushing for an additional 150,000 troops above current plans, to be paid for within the base budget.

Obama only supports the current planned increase of 92,000 Army and Marine Corps personnel.

Both candidates have called for a wholesale reform of the Pentagon's acquisitions system in an effort to control procurement costs, which have ballooned in recent years due to mismanagement.

"The practical fact is that these programs can't all go into production without a very significant increase in the resources for defense, and I don't think in light of the current fiscal situation that's going to be possible," said former Air Force Secretary Whit Peters, who advises Obama.

Supplemental spending bills, which have funded most of the \$859 billion appropriated for

the Iraq and Afghanistan and global operations to counter terrorism since 2001, are set to be scaled back no matter which candidate wins in November.

"I see the future of supplementals as dramatically reduced to genuinely unanticipated needs, like fluctuations in the price of fuel, not programmatic costs or known spending needs," said McCain in written responses to questions submitted by CQ. "It's a bad way to do business, and I will bring it to an end."

Peters agreed that large supplemental spending packages would end.

"The supplementals have confused things tremendously," he said, adding that Obama realizes some of the items in the supplementals will have to be folded back into the base budget.

### **Reasons For Extra Funds Unclear**

Exactly how the Pentagon's new spending estimate will be communicated to Congress or the incoming administration remains unclear.

In April, the White House Office of Management and Budget sent out guidance to all federal agencies that there would be no full budget drill this fall and no formal fiscal 2010 budget submission.

All agencies were directed to project future budgets based on current costs, which OMB will then compile into a budget database. But since OMB won't go through a formal scrubbing process for the submissions as it has done in previous years, it will be up to the next president to decide what to do with the numbers.

"The 2010 budget will be submitted by the next president, not the current president," said OMB spokeswoman Corinne Hirsch. "This administration will certainly be sharing its priorities with the incoming administration in a variety of ways, but that will be outside the formal budget process."

Hirsch said OMB had not received the defense department's numbers yet, although an OMB memo had said they were due in September.

"What is clear is that these additional funds that the Pentagon wants to include in their budget and their five year plan are way beyond the fiscal guidance that OMB gave the department of defense earlier this year," one former official explained.

Moreover, the new numbers are not aligned with any long-term strategic or budgetary rationale that might allow OMB or Congress to judge their wisdom or their impact on the nation's worsening economic situation, the official said.

"The idea that the Pentagon Comptroller's office wanted these additional funds has been fairly well known," the former official said. "But there is little out there to give anybody the understanding of why."

*CQ © 2007 All Rights Reserved*